

von Andreas Otto, MdA, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 17. Wahlperiode, 13. Sitzung vom 10. Mai 2012 zum Thema: **Gesetz zur Aufhebung des Straßenausbaubeitragsgesetzes**
Vorlage zur Beschlussfassung (Gesetzentwurf) vom 24.04.2012 [Drucksache 17/0282](#)

Andreas Otto (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die CDU hat sich durchgesetzt. Frau Seibeld hat es noch mal erklärt. Ich glaube jedoch, was Sie erklärt haben, ist zwar eine alte Forderung der CDU, aber dem Thema überhaupt nicht angemessen. Wir haben es hier mit einem Haushaltsthema zu tun, wir haben es mit einem Beteiligungsthema zu tun, und wir haben – auch das ist in Ihrer Rede nicht vorgekommen – auch die bundesweite Wirkung zu beachten.

Wir haben ein Gesetz, das im Jahr 2005 unter Ihrer Vorgängerkoalition eingeführt wurde. Ich habe einmal nach-geschaut, was man sich damals dabei gedacht hat. Da finden Sie in dem Vorblatt zur Beschlussfassung über das Gesetz aus dem Jahre 2005 den Passus:

Die Deckung durch Haushaltsmittel aus dem Steueraufkommen ist insoweit nicht vertretbar, weil den Grundstückseigentümern durch den Ausbau eine besondere Leistung geboten wird, die sie durch eine Gegenleistung in Gestalt eines Beitrags ausgleichen sollen.

Ähnliches hat Herr Prof. Driehaus in seinem einschlägigen Kommentar formuliert. Ich zitiere noch einmal:

Die ... Herstellung und der spätere Ausbau von Erschließungsstraßen ist von den Kommunen ohne eine über die Steuerleistung hinausgehende, angemessene Beteiligung der Grundeigentümer nicht finanzierbar.

Das ist das Haushaltsthema. Die Frage ist doch: Wenn wir Straßen bauen – und da ist die CDU immer vorne-weg –, wer bezahlt das alles? Wer kommt dafür auf? Schaffen wir das über unser Steueraufkommen in Berlin? – Sie wissen auch, wir sind verschuldet, wir sind eigent-lich pleite. Und wenn ich an die Diskussion heute zum Flughafen denke, frage ich mich, welche Unwägbarkeiten in unseren Haushalt schon reingekommen sind und wel-che noch durch diesen Ihren Antrag, Ihr Gesetz, in unseren Haushalt reinkommen werden.

All das haben Sie nicht thematisiert, all das haben Sie sich wahrscheinlich auch nicht überlegt, weil Sie sehr kurzfristig – klientelbezogen – Politik machen. Das ist unsere Sache nicht.

[Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von Andreas Baum (PIRATEN)]

In dem Gesetz war aufgeschrieben, bis zu 75 Prozent der Kosten für eine Straßenbaumaßnahme bei Straßenausbauten könnten über Beiträge erhoben werden – bis zu 75 Prozent! Man kann auch sagen, das ist zu viel. Man kann sagen, vielleicht sind 50 Prozent angemessen, viel-leicht 20 Prozent oder vielleicht nur 15 Prozent. Aber grundsätzlich darauf zu verzichten, halte ich überhaupt nicht für angemessen. Ich sage Ihnen auch, warum. Die Praxis hat gezeigt, dass sich sehr viel mehr Leute Gedanken darüber gemacht haben, wie bei ihnen Straßen ausgebaut werden. Die Luxusausbaumaßnahmen haben aufgehört. Ich bekomme keine Anrufe mehr, wo Leute verlangen: Bei uns muss jetzt die Straße gemacht werden. – Im Gegenteil, wenn ich irgendwo frage, sind immer alle glücklich mit ihren Straßen. Also haben wir gespart. Wir haben Aufwand gespart, und wir haben Leute dafür sensibilisiert, wie die Straßen in ihrer Umgebung ausgebaut werden sollen. Das war ein Erfolg.

Das Gesetz hat natürlich Mängel gehabt. Sie wissen, dass wir deshalb damals auch nicht zugestimmt haben. Wir haben gesagt, die Beteiligung müsse besser organisiert werden. Wir haben auch gesagt, wenn die Leute von dem Ausbau einen Nachteil hätten, dann müsse man sie von Bezahlung befreien oder den Beitrag reduzieren. All das hätte man in einem

Evaluierungsprozess jetzt ergründen und sagen können: Wir müssen das Gesetz ändern, wir müssen ein anders Gesetz haben. – All das habe Sie nicht gemacht. Sie wollen das abschaffen und sich einfach da rausdrücken. Wir sind nach wie vor der Meinung, es ist im Grundsatz richtig, dass sich Leute beteiligen müssen. Sie haben von Gerechtigkeit gesprochen. Ich wohne in einem Sanierungsgebiet. Dort bekommen die Leute jetzt Rechnungen, sie müssen alle Ausgleichsbeiträge im Sanierungsgebiet bezahlen. Und dann sagen die Leute zu mir: Herr Otto, die CDU hat das doch jetzt abgeschafft. Warum müssen wir denn noch bezahlen? – Sie machen bei der vermeintlichen Lösung eines Problems ein neues Gerechtigkeitsproblem auf. Die Leute in den Sanierungsgebieten bezahlen Zehntausende Euro für genau dieselben Dinge, nämlich Infrastruktur, Straßen vor der Tür, auch Spielplätze, auch andere Dinge. Diese Leute befreien Sie davon nicht. Erklären Sie den Leuten diese Ungerechtigkeit, Frau Kollegin Seibeld! Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Denken Sie doch mal an unseren Schuldenberg! Wir können doch nicht einseitig Leute entlasten! Wir alle wollen, dass Bildung finanziert wird. Wir alle machen uns um Wohnen Gedanken. Wir alle müssen mit der sozialen Frage kämpfen, und da kommen Sie und wollen einseitig Leute entlasten, die ein Einfamilienhaus haben und denen Sie das nicht zumuten möchten. Das ist nicht der richtige Weg.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Ich will als Letztes auf die bundespolitische Wirkung gucken. In dem damaligen Gesetz, in der Drucksache 15/716 aus der vorletzten Wahlperiode, beginnt die Begründung wie folgt:

Berlin ist neben Baden-Württemberg das einzige Land, das keine entsprechende gesetzliche Regelung hat. Es ist wünschenswert, dass auch auf diesem Gebiet in Berlin bundesdeutsche gesetzliche Normalität Einzug erhält.

Das war damals der Grundsatz. Er gilt auch noch heute. Was sagen uns denn die anderen Länder bei den Verhandlungen über den Länderfinanzausgleich? Was sagen sie uns, wenn wir hier im Straßenbau quasi Freibier ausgeben?

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Sie müssen bitte zum Schluss kommen, Herr Kollege!

Andreas Otto (GRÜNE):

Das können Sie doch nicht ernsthaft wollen! Sie schwächen die Position Berlins in den Verhandlungen! Ich will noch mal gucken: Das Gesetz haben damals die Kollegen Harald Wolf, Uwe Doering, Michael Müller, Christian Gaebler und Iris Spranger eingebracht.

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Herr Kollege! Sie müssten bitte wirklich zum letzten Satz kommen!

Andreas Otto (GRÜNE):

Sie waren damals davon überzeugt. Ich bin ziemlich erschüttert, dass Sie sich einfach aus dieser Verantwortung stellen und dieses Gesetz ersatzlos abschaffen wollen. Unser Petition ist: evaluieren, ändern, besser machen – aber nicht grundsätzlich auf alles verzichten! – Danke schön!

[Beifall bei den GRÜNEN]